

## Inhalt:

**Seite 1:** Die Landtagssitzung am 19. und 20. Februar 2009 im Überblick / **Seite 3:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung: / **Seite 7:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 8:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 8:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 9:** Lesetipps

## Die Landtagssitzung am 19. und 20. Februar 2009 im Überblick

Diesmal gibt es ein volles Programm über zwei Tage, es wird sich am Freitag bis 17.16 Uhr hinziehen. Die nicht so seltene und durchaus beliebte Methode „Ich gebe meine Rede zu Protokoll.“ findet für dieses Mal weitgehend nicht statt, das könnte wohl auch an den Themen liegen. Einen vollständigen Überblick zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags.

Es beginnt mit einer [Aktuellen Debatte](#) zum Konjunkturpaket II des Bundes, beantragt von der SPD (!), verbunden mit einem [Koalitionsantrag](#) zu einem Impulsprogramm für Bildungsinfrastruktur in Schulen und Kindertagesstätten. Zu diesem stellt DIE LINKE einen [Alternativantrag](#). Finanzminister Bullerjahn wagt keine Prognose hinsichtlich der Auswirkungen der Krise auf Sachsen-Anhalt. Er lobt das Konjunkturpaket, dies sei eine Abwehrstrategie des Staates gegen die Krise, der Vorwurf der Kommunalfeindlichkeit gegen die Landesregierung sei völlig begründet, es werde Pauschalen dort geben, wo sie sinnvoll seien. Der Minister kündigt für die kommende Landtagssitzung einen Nachtragshaushalt an, wie er von der LINKEN bereits im Januar gefordert wurde.

[Wulf Gallert](#) / DIE LINKE kann seine Verwunderung über den Umstand, dass die Debatte von der SPD beantragt wurde, nicht verhehlen, nimmt das Geschenk aber dankbar an. Der Koalition bescheinigt er: „Unter dem Strich bleibt festzuhalten, die Landesregierung hat bisher mit Blick auf die konjunkturelle Krise kaum irgendwelche nennenswerten Aktivitäten entwickelt. Und wenn sie etwas getan hat, wie bei dem Zukunftsinvestitionsprogramm, dann war es auch noch das Falsche.“ Er verweist auf den Alternativantrag seiner Fraktion zum Zukunftsinvestitionsprogramm, der sehr wohl ein Stück der Maximalforderung aus dem 11-Punkte-Programm zurücknehme, aber trotzdem ein klares Zeichen für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bedeute.

Eine durchaus bemerkenswerte Feststellung ist Herrn Tullner / CDU zu verdanken. An die Adresse seines Kollegen Gallert gerichtet, meint er, man könne sich dessen rhetorische Mittel, die draußen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf den Marktplätzen verwendet werden könnten, hier schenken.

DIE LINKE beantragt namentliche Abstimmung zum Koalitionsantrag, der erwartungsgemäß Mehrheiten findet, trotz der Gegenstimmen der LINKEN und der FDP. Der Alternativantrag der LINKEN ist damit gegenstandslos.

Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Gesetzes zur Garantiermächtigung des Ministeriums der Finanzen zugunsten der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale](#) vor, die Sache ist bereits seit längerem in der Diskussion (s. auch [Presseerklärung](#)).

Es geht um Bürgschaften zulasten des Landes in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 bis zu einer Höhe von jährlich 1.650.000.000 Euro. [Guido Henke](#) / DIE LINKE erklärt nachdrücklich: „Die Übernahme der Garantien darf allerdings kein Selbstzweck sein. Die Landesregierung und die Nord LB müssen deutlich machen, dass diese Sicherheiten einen spürbaren positiven Einfluss auf die Kreditvergabe an die Realwirtschaft in Sachsen-Anhalt haben.“

Der Gesetzentwurf wird einmütig in den zuständigen Finanzausschuss überwiesen.

In die Ausschüsse überwiesen werden auch die Gesetzentwürfe zum [Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag](#) und zur Änderung des [Hochschulzulassungsgesetzes](#) des Landes Sachsen-Anhalt.

Kontroverse Debatten gibt es seit vielen Monaten um die landeseigenen Spielbanken (s. auch [Presseerklärung](#)). Nun legt die Landesregierung den Entwurf eines [Spielbankengesetzes](#) vor. Letztlich geht es um den Verkauf von Fässern ohne Boden, vor allem natürlich um die Verkaufskonditionen. Nicht ohne Sarkasmus stellt [Guido Henke](#) / DIE LINKE fest: „Der Finanzminister geht fest davon aus, dass bis zum Jahresende eine Privatisierung erfolgt, in Kürze würden die Casinos europaweit ausgeschrieben, die Braut sei noch ein wenig aufzuhübschen, mit 3 Mio. Euro öffentlicher Finanzspritzen.“ Schließlich habe die [Koalitionsvereinbarung](#) einen Verkauf noch ausgeschlossen. Zu befürchten sei, so Henke, dass für das Land ein Minusgeschäft herauskommen werde.

Der Gesetzentwurf wird in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Die FDP sorgt sich um die [Transparenz von Beraterverträgen](#) und stellt dazu einen Antrag. Das Thema ist in Sachsen-Anhalt durchaus ein Dauerbrenner, gab es doch bereits den 9. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich diesen Dingen widmete. [Dr. Angelika Klein](#) / DIE LINKE formuliert durchaus drängende Fragen: „Für DIE LINKE ist das Ganze eigentlich nicht damit erledigt, dass wir einen solchen Beratervertrag bewilligt haben. Es würde nämlich schon interessieren: Wurde der Beratervertrag tatsächlich abgeschlossen und erfüllt? Welche Kosten sind dabei entstanden? Ist der veranschlagte Betrag ausgeschöpft worden oder haben wir im Haushalt bestimmte Stellen, an denen wir noch Puffer haben?“ Antworten werden – so ist zu hoffen – im zuständigen Ausschuss gefunden, wohin der Antrag einstimmig überwiesen wird.

Beschlossen wird hingegen der FDP-Antrag zur [Änderung des Bundeswaldgesetzes](#). Die Landesregierung soll im Bundesrat eine Initiative von Niedersachsen unterstützen. [Harry Czeke](#) / DIE LINKE ist skeptisch: „Wir sind gut beraten, wenn wir eine Struktur befördern, die sowohl den Weg stabiler Forstbetriebsgemeinschaften geht als auch forstwirtschaftliche Vereinigungen nutzt, um die anstehenden Aufgaben zu lösen.“

In direkter Abstimmung findet der Antrag gegen die Stimmen der LINKEN eine Mehrheit.

Der Freitag beginnt mit einer **Regierungserklärung von Staatsminister Robra zur Europapolitik**. Sie ist so umfänglich wie die Aussprache selbst. Erstaunliches kommt oft unerwartet: Herr Rothe / SPD wünscht sich Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie bei der LINKEN auf aussichtsreiche Listenplätze für die Europawahl, sein Kollege Kosmehl / FDP liefert einen Werbeblock für Harry Czeke /DIE LINKE – er möge bei der Listenaufstellung der LINKEN für das Europäische Parlament vorn aufzutauchen, DIE LINKE brauche auch ihn im Europäischen Parlament. Beides wird von der LINKEN mit Beifall aufgenommen. Deren europapolitischer Sprecher Harry Czeke bringt es auf den Punkt: „Es ist Zeit, Europa ein Stück nach links zu rücken. Der Satz stammt nicht von mir, obwohl es wahrscheinlich erwartet worden ist, sondern es stammt von Martin Schulz, einem Kenner der Szene.“

Martin Schulz ist Chef der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Er sagte dies am 13. Februar 2009 nicht im „Neuen Deutschland“, sondern in der „Welt“.  
Beschlüsse werden zu Regierungserklärungen nicht gefasst.

Es folgt eine Aussprache zur [Großen Anfrage der SPD Schwarzarbeit in Sachsen-Anhalt](#) und zur [Antwort der Landesregierung](#) auf eben diese. Für DIE LINKE erklärt [Edeltraud Rogée](#): „Aus meiner Sicht hat steigende oder sinkende Schwarzarbeit direkt etwas mit wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Armut zu tun. Je größer die Not ist, desto geringer ist die Moral und desto größer ist die Bereitschaft, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Leider gibt es eine Reihe von Unternehmern, die diese Notlagen für sich ausnutzen. Das Angebot zur Schwarzarbeit wird von Arbeitgebern gemacht.“ Zur Durchsetzung von legaler Beschäftigung fordere DIE LINKE die Umsetzung von Mindeststandards wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und Tariftreue Regelungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.  
Beschlüsse werden auch hier nicht gefasst.

Das mediale Hauptinteresse dieser Landtagssitzung galt wohl dem folgenden Punkt: Die FDP beantragt die [Missbilligung der Amtsführung von Herrn Minister Hövelmann](#), DIE LINKE hatte bereits im Vorfeld Unterstützung signalisiert und legt einen detaillierten [Änderungsantrag](#) vor. Der gescholtene Minister wehrt sich gegen die an ihn gerichteten zahlreichen Vorwürfe, sie seien nicht zutreffend, es handle sich hier und da um Einzelfälle, das Ministerium tue alles Notwendige. Kenner der Abläufe im Innenausschuss bemerken, er sei sich treu geblieben, das mache er immer so. [Gudrun Tiedge](#) / DIE LINKE konzentriert sich im wesentlichen auf die Situation in der Polizei: „Wenn sich Polizeibeamte an uns wenden, anonym oder mit der ausdrücklichen Bitte, dass ihr Name nicht genannt wird, dann ist auch das ein beredtes Zeugnis von schlechter Führungsarbeit. Ich zitiere aus einem Brief: „Nur wer die Augen öffnet und die Probleme sehen will, hat die Möglichkeit der Verbesserung. Die Herren im Innenministerium schließen lieber die Augen und möchten mit Erfolgen der Polizei zu aller erst ihr eigenes Image aufbessern.“ Unterschrift - Ein Polizist, der für sich in Anspruch nimmt, seinen Beruf zu mögen, und dessen Engagement ihn dazu bringt, diesen Weg zu wählen. Würde er als Überbringer der schlechten Nachricht mit seinem Namen unterschreiben, wüsste er, was passiert.“ Und sie schließt mit den Worten: „Herr Minister, wenn es Ihnen nicht gelingt, in den nächsten Monaten den Taktstock wieder oder überhaupt in die Hand zu nehmen, dann sind Sie nicht der richtige Dirigent.“  
Bei allen innerer Koalitionsquerelen – hier stehen die Mehrheiten, Antrag wie Änderungsantrag werden von der Koalition abgelehnt. In einer [Presseerklärung](#) gibt Gudrun Tiedge eine kurze Bewertung der Debatte und warnt vor Ignoranz – diese sei eine schlechte Ratgeberin.

Die Koalition wirbt für die **Unterstützung der Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände**. Der [Antrag](#) findet die Zustimmung des Hohen Hauses, [André Lüderitz](#) / DIE LINKE betont in Sachen Landschaftspflege: Ich begrüße es außerordentlich, dass sie mit aufgenommen werden, und hoffe, dass sie künftig eine Grundausstattung erhalten, denn sie sind unverzichtbar für die Naturschutzarbeit, die in den einzelnen Bereichen geleistet wird.“

---

## Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):

---

### TOP 05: Stand der Verhandlungen der Föderalismuskommission zur Schuldenbremse für Bund und Länder (Aktuelle Debatte) (Drs. [5/1798](#))

In der Begründung zur Aktualität des Themas heißt es: „Die aktuelle Diskussion der Föderalismuskommission zu einer grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse für den Bund und

die Länder hat im Falle ihrer Umsetzung weitreichende Auswirkungen auf den politischen Handlungsspielraum von Landesregierung und Landesparlament in Sachsen-Anhalt. Deshalb ist es wichtig, in einer Aktuellen Debatte die Position der Landesregierung und der Fraktionen darzulegen.“

**Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#)) stellt für DIE LINKE klar: „Die Forderung der Föderalismuskommission, den Ländern per Grundgesetz die Aufnahme neuer Schulden zu versagen, ist weder finanzpolitisch noch verfassungsrechtlich berechtigt. Eine Festschreibung eines Schuldenverbots für die Länder im Grundgesetz wäre eine grundlegende Zäsur im bundesdeutschen Föderalismus. Die geplante Änderung des Artikels 109 GG bedeutet einen massiven Eingriff in das Budgetrecht der Länder. Und - durchaus genüsslich - an die Adresse der FDP: „Auch das Argument, das Kollegin Hüskens jüngst in ihrer [Presseerklärung](#) zum Schuldenverbot brachte, ist richtig schön vom eigentlichen Problem ablenkend: „Jede Generation soll nur das verbrauchen, was sie produziert hat“. Kollegin Hüskens, wenn ich Sie ernst nehmen sollte, und das mache ich, dann brauchen wir aber sofort eine Erbschaftssteuer, die sich gewaschen hat – wozu brauchen die kommenden Generationen dann das gegenwärtige Erbe? Sie haben es nicht erarbeitet und mit einer entsprechenden Steuer könnten öffentliche Aufgaben erfüllt werden, ohne Schulden aufzunehmen.“

Pikant ist dies: Während sich CDU und FDP klar für eine Schuldenbremse aussprechen, lehnt die SPD-Fraktionsvorsitzende Katrin Budde diese – in offenem Widerspruch zu Finanzminister Bullerjahn, ebenfalls SPD – in aller Klarheit ab: Das verstoße nicht nur gegen die Haushaltsautonomie der Länder, sondern auch gegen die Verfassungshoheit der Landtage, nicht der Landesregierungen. Das dürfe und das könne dem Parlament nicht egal sein, dieses Verfahren lehne sie ab.

Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

### **TOP 13: Berichterstattung über die Regionalen Begleitausschüsse (Drs. [5/1788](#))**

Verlangt wird eine Berichterstattung der Landesregierung in den zuständigen Ausschüssen des Landtages über die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner bei der Erstellung von Förderrichtlinien des Landes in die Arbeit im Regionalen Begleitausschuss und im EPLR-Begleitausschuss zu berichten. Begründet wird dies u.a. so: „Ein Grundprinzip der EU-Regionalpolitik ist das Partnerschaftsprinzip. Es besagt die Teilhabe der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Regionen an der Planung und Begleitung der EU-Strukturfonds. Wie diese Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner durch die Landesregierung gestaltet wurde, ist damit von Interesse des Landtages und der zuständigen Ausschüsse.“

**Harry Czeke** (s. [Redemanuskript](#)) verweist auf die Bedeutung der Sache: „Wirtschafts- und Sozialpartner sind aus unserer Sicht auch Multiplikatoren, die in der europapolitischen Kommunikationsstrategie der Landesregierung so auch angesprochen werden. Das heißt, wenn sie Multiplikatoren sind und sie dann nur so geringe Möglichkeiten bei der Mitbestimmung und Mitgestaltung im Ausschuss haben, ist es im schlimmsten Fall doch recht frustrierend und demotivierend.“

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen.

### **TOP 15: Wissenschaftliche Begleitung des qualifizierten Programms zur Schulsozialarbeit im Rahmen des ESF-Programms „Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs 2007 bis 2013“ (Drs. [5/1129](#))**

Fast ein Jahr zuvor hatte DIE LINKE diesen Antrag gestellt. Nun liegt die [Beschlussempfehlung](#) des zuständigen Ausschusses vor, der Antrag wird für erledigt erklärt, und dem wird zugestimmt. In einer [Presseerklärung](#) dazu mahnt **Jutta Fiedler**, Schulversagen gar nicht erst entstehen zu lassen: „fordern wir aber auch eine **Umgestaltung schulischer Bedingungen**, die es

ermöglichen, Schulversagen gar nicht erst entstehen zu lassen. **Längeres gemeinsames Lernen, hohe Unterrichtsqualität und Chancengerechtigkeit beim Bildungszugang** müssen den Blick auf die Lernenden und auf die Möglichkeit, dass jedes Kind und jeder Jugendliche mit dem größtmöglichen Erfolg lernen kann, richten.“

### **TOP 19: Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf Bestandsbauten ausweiten (Drs. [5/1787](#))**

Die Antragsbegründung formuliert das Anliegen so: „Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz bezieht in seine Regelungen zur Nutzungspflicht von erneuerbaren Energien zur Wärmeversorgung nur die ab 1. Januar 2009 neu errichteten Bauten ein. Ein weitaus größeres Potential bei den Bestandsbauten bleibt damit ungenutzt. Das ist auch für die Erreichung der Klimaschutzziele des Landes bedenklich. Wie dieses Potential erschlossen werden kann, soll geprüft werden, bevor ein Gesetzentwurf für ein Landesgesetz vorgelegt wird.“

**Angelika Hunger** (s. [Redemanuskript](#)) erklärt: „Schon bisher haben die ständig gestiegenen Preise für fossile Energien zu erheblichen Belastungen von Mietern geführt. Weitere Steigerungen sind sicher, darüber kann auch das momentane leichte Tief nicht hinwegtäuschen. Längerfristig ist diese Preisspirale nur durch die erneuerbaren Energien zu durchbrechen. Deshalb haben sowohl der Mieter als auch der Vermieter Interesse an Investitionen in erneuerbare Energien. Der eine, weil er so längerfristig geringere Heizkosten hat (allerdings erhöhte Kaltmiete, die z.B. durch Einsatz von Fördermitteln zu beeinflussen wäre) und der andere, weil seine Immobilie energetisch saniert an Wert gewinnt.“

Mit einem [Änderungsantrag](#) entschärfen CDU und SPD das Anliegen deutlich, daher ist die Enthaltung der LINKEN bei der Abstimmung folgerichtig, der veränderte Antrag ist trotzdem beschlossen.

### **TOP 20: Veränderung der Bezugsbasis für die Bevölkerungsstatistik (Drs. [5/1789](#))**

Der Antrag fordert, die Bevölkerungsstatistik von der Wohngemeinde auf die Basiseinheit Ortsteil umzustellen. Begründet wird dies wie folgt: „Aufgabe der Bevölkerungsstatistik ist es, Veränderungen in Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung und die diesen zugrunde liegende Ursachen zu dokumentieren. Bezugsbasis ist dabei die Wohngemeinde. Bei einer Fusion verlieren die Gemeinden aber nicht nur ihre Selbständigkeit als Verwaltungssubjekte, sondern auch als Zähl-Objekte der Landesstatistik. Als Folge der Gemeindegebietsreform werden aus bei Gründung Sachsen-Anhalts vorhandenen 1.350 Gemeinden etwa 100 bis 130 Groß-Gemeinden, überwiegend Einheitsgemeinden. Damit ist eine differenzierte Verfolgung raumrelevanter Aspekte der Bevölkerungsdynamik nicht mehr möglich.“

**Dr. Uwe-Volkmar Köck** (s. [Redemanuskript](#)) wirbt für das Anliegen und seine Sinnhaftigkeit: „Aufgabe der Bevölkerungsstatistik ist es, Veränderungen in Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung zu dokumentieren. Bundeseinheitlich bestimmt das Bevölkerungsstatistikgesetz die Wohngemeinde zur zentralen Bezugseinheit. Allerdings stammt das Gesetz bereits aus dem Jahre 1980. Seither ist eine langsam aber stetig verlaufende Reduzierung der Zahl der Gemeinden zu konstatieren. Für das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt verzeichnete die amtliche Statistik im Jahre 1941 noch 2.739 selbständige Gemeinden. Bis 1989 hatte sich deren Zahl bereits halbiert. Am 1. Juli 2008 waren es noch 1013. Im Ergebnis der Gemeindegebietsreform werden schließlich nur noch etwa 135 große Wohngemeinden im Sinne des Bevölkerungsstatistikgesetzes übrig bleiben.“

Leider überzeugt diese Logik das Hohe Haus, namentlich die Koalition, nicht, der Antrag wird abgelehnt.

## TOP 21: Förderung von Lesekompetenz (Drs. [5/1790](#))

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur bis spätestens Mai 2009 ein detailliertes Konzept zur Förderung von Lesekompetenz an allen Schulen in Sachsen-Anhalt zur Beratung vorzulegen. DIE LINKE nennt gute Gründe für ihr Anliegen: „Mit den wachsenden Erfolgen der Schülerinnen und Schüler an den Schulen in Sachsen-Anhalt im mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich der PISA-Studien können die Ergebnisse im Bereich Lesekompetenz vor allem in der Sekundarstufe I und dort wiederum besonders bei den Jungen nicht Schritt halten. Knapp 25 % der Schülerinnen und Schüler sind - auch aufgrund mangelnden Lesenkönnens - nicht in der Lage, die schulischen Anforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dem muss sehr zeitnah im Rahmen einer Gesamtkonzeption mit erfolgsorientierten Maßnahmen begegnet werden.“

**Jutta Fiedler** (s. [Redemanuskript](#)) beschreibt die Problemlage recht anschaulich:

„Lesekompetenz ist in den letzten Jahren nicht nur bei 15jährigen getestet worden, sondern auch bei 10jährigen. Schon beim ersten Test dieser Art im Jahr 2001 ergab sich, dass die 10jährigen, also Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse, sehr viel bessere Ergebnisse erreichten als ihre 5 Jahre älteren Lernkolleginnen und -kollegen, natürlich auf altersentsprechendem Niveau. ... Das heißt: Mit 10 Jahren können Schüler besser lesen als mit 15 Jahren. Welche Ursachen es dafür geben könnte, habe ich vor kurzem im Bildungskonvent einen Experten vom PISA-Team gefragt. Er wusste keine Antwort, meinte aber, das sei ein interessanter Forschungsgegenstand.“

Für ein Bildungsthema – das wird aus dem Plenum heraus festgestellt – verläuft die Debatte unter großer Aufmerksamkeit und tatsächlich einmal ohne Streit. Der Antrag wird von allen Fraktionen in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

## TOP 23: Bedarfsplanungsrichtlinien und ärztliche Versorgung im ländlichen Raum (Drs. [5/1794](#))

Die Landesregierung soll ausführlich in den Ausschüssen für Soziales, für Wirtschaft und Arbeit, für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie für Inneres über ihre Maßnahmen und Vorstellungen zur Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu berichten. Zur Begründung heißt es: „Die Bedarfsplanungsrichtlinien zur vertragsärztlichen Versorgung sind eine wesentliche Grundlage für die Zulassung von Ärzten sowie zur Feststellung von Über- und Unterversorgungslagen in den jeweiligen Planungsregionen. Bisher ist allein die Einwohnerzahl ausschlaggebend dafür, wie viele Ärzte eines Fachbereichs sich in einer Planungsregion niederlassen können. Die Planungsregionen sind meist an Verwaltungsstrukturen größeren Ausmaßes orientiert. Demografische und sozioökonomische Aspekte spielen keine Rolle. Damit wird eine bedarfsorientierte Versorgung erheblich erschwert.“

Für **Heidelinde Penndorf** (s. [Redemanuskript](#)) steht fest: „Dabei geht es nicht nur um die abnehmende Bevölkerungszahl, sondern vor allem auch um die Zunahme des Anteils an älteren und alten Bürgerinnen und Bürgern, deren Mobilität eingeschränkt ist, deren Morbidität und deren genereller Hilfebedarf wächst. Das ist sowohl eine Herausforderung für die gesamte Landesentwicklungsplanung aber auch für das Gesundheitswesen. ... Wir gehen ... u. a. davon aus, dass in den Grundzentralen Versorgungsräumen ein Hausarzt für 1475 Einwohner zur Verfügung stehen sollte und die Fahrzeit dorthin mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht länger als 30 Minuten dauern soll.“

Die Koalition legt einen [Änderungsantrag](#) vor, dieser wird schließlich ohne Gegenstimmen angenommen.

## TOP 24: Aufbau einer agrar- und ernährungswissenschaftlich geprägten Fakultät (Drs. [5/1795](#))

Die Landesregierung soll u.a. darüber informieren, ob mittelfristig der Aufbau einer agrar- und ernährungswissenschaftlich geprägten Fakultät an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgen soll und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Agrar- und

Ernährungswissenschaften zu stärken. So heißt es denn in der Antragsbegründung auch: „Um künftig den globalen Problemen, in deren Kontext die Agrar-, Bio- und Ernährungswissenschaften mit ihrer interdisziplinären Verankerung im gesamten Wissenschaftsgefüge von zentraler Bedeutung sind, sowie den multifunktionalen Aufgabenstellungen an die Landwirtschaft in ihren spezifischen Strukturen in Ostdeutschland gerecht werden zu können, ist es erforderlich, die wissenschaftlichen Kapazitäten in Lehre und Forschung zu stabilisieren, auszubauen und weiterzuentwickeln.“

**Hendrik Lange** (s. [Redemanuskript](#)) umreißt die Situation so: „... im Zuge der letzten Hochschulstrukturreform ist auch an der agrarwissenschaftlichen Fakultät in Halle an der Martin-Luther-Universität einiges passiert. Es sind Stellen abgebaut worden. Das ist vom Land, von der letzten Landesregierung, so gewollt worden. ... Die Empfehlung des Wissenschaftsrates war, die Fakultät so zu bilden, dass man sie mit den Biowissenschaften zusammenlegt. Das ist so nicht erfolgt. ... Als Hochschulpolitiker sage ich, dass die Errichtung einer Fakultät und die Einrichtung einer Fakultät die Sache der Hochschule sein muss. Sie muss sich daran orientieren, wie sie sich intern organisieren möchte. Sie muss das letztlich in Eigenverantwortung entscheiden.“ Mit Zustimmung aller Fraktionen wird der Antrag in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

---

## **DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):**

### **TOP 02 b): 80 Mio. €- Impulsprogramm für Bildungsinfrastruktur in Schulen und Kindertagesstätten (Drs. [5/1791](#))**

Zu diesem Antrag der Koalition brachte DIE LINKE einen [Alternativantrag](#) ein. Laut [Geschäftsordnung](#) des Landtages wird in einem solchen Fall zuerst der Ursprungsantrag abgestimmt. Findet dieser eine Mehrheit, ist der Alternativantrag hinfällig. Genau so ist es in diesem Falle geschehen.

### **TOP 18: Missbilligung der Amtsführung von Herrn Minister Hövelmann (Drs. [5/1783](#))**

Zu diesem Antrag legt die Linke einen [Änderungsantrag](#) vor, er wird ebenso abgelehnt, wie der Antrag selbst.

---

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

Landtagssitzung ab 2009: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/reden/>  
frühere Landtagssitzungen: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

offizielles Wortprotokoll: [http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx\\_exozetlsadoc\\_documentation\[cat\]=5&cHash=d21c04ca64](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx_exozetlsadoc_documentation[cat]=5&cHash=d21c04ca64)

---

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

---

### Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

Seit 2009: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/>

ältere: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

### Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

Die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.

### DIE LINKE im Bildungskonvent

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

---

## Aktuelle Termine und Veranstaltungen:

Montag, 02. März 2009, Halle

[Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt - Eine Chance für Frauen?!](#)

Donnerstag/Sonntag, 05./08. März 2009

[6. Akademie für linke Medienmacher/innen](#)

Freitag/Samstag, 06./07. März 2009, Leipzig

[Konferenz "60 Jahre Grundgesetz - offen für eine neue soziale Idee"](#)

Samstag, 07. März 2009, Magdeburg, Landtag

[„Bildung, die ankommt“ - Schulpolitische Konferenz der Landtagsfraktion](#)

Samstag, 07. März 2009, Dortmund

Zum Internationalen Frauentag: [Tribunal gegen prekäre, flexible und ungeschützte Arbeitsverhältnisse](#)

Donnerstag/Freitag, 19./20. März 2009, Magdeburg  
Landtagssitzung

Freitag/Samstag, 20./21. März 2009, Berlin

[Linke Auswege aus der Krise – ökonomische und soziale Perspektiven](#)

---

Weitere Termin- und Veranstaltungsinformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/termine/](http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/)
- [http://www.linksfraktion.de/termine\\_der\\_fraktion.php](http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php)
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps:

- [Fasst die Piraten der Geldmeere!](#)
- [Kleine Schritte](#)
- [Experten halten Konjunkturpaket II für wirkungslos](#)
- [Mißfelder wischt Proteste gegen Hartz-IV-Polemik weg](#)
- [Die braune Gefahr - Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Themenseite »](#)
- [Ein Windpark ist keine Autofirma](#)
- [Die Warner galten als Spinner](#)
- [Aus Politik und Zeitgeschichte \(Übersicht\)](#)

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

Immer lesenswert!

